



# SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2016

Welches sind die aktuellen **Konsumtrends** bei Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz?  
Welche **Probleme** manifestieren sich beim Geldspiel und Internetgebrauch?

Das jährlich erscheinende Schweizer Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert neuste Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und kommentiert. Die Darstellung der einzelnen Bereiche mündet in eine übergreifende Medienmitteilung, ein Fazit, das auch die Rolle der Politik kritisch anspricht.

## AUSKÜNFTE

Monique Portner-Helfer  
Direktorin  
[mpartner-helfer@suchtschweiz.ch](mailto:mpartner-helfer@suchtschweiz.ch)  
T 021 321 29 74

**Sucht Schweiz**  
Av. Louis-Ruchonnet 14  
Postfach 870  
CH-1001 Lausanne

Tel. 021 321 29 11  
Fax 021 321 29 40  
PC 10-261-7  
[www.suchtschweiz.ch](http://www.suchtschweiz.ch)

## INHALT

Medienmitteilung: **Suchtprobleme:** Mitverantwortung statt nur Eigenverantwortung

Medieninformationen zu folgenden Bereichen:

- S. 6: **Alkohol:** Grosser Reformbedarf in der Politik
- S. 9: **Tabak:** Rückgang stagniert – Gegenläufige Entwicklung bei den Jungen
- S. 12: **Illegale Drogen:** Schlüsseljahr für die Drogenpolitik?
- S. 15: **Geldspiele:** Hochseilakt ohne Netz?
- S. 18: Omnipräsenz des **Internets:** Herausforderung vor allem für Junge



# SUCHTPROBLEME: MITVERANTWORTUNG STATT NUR EIGENVERANTWORTUNG

Noch immer raucht jede vierte Person in der Schweiz, gut jede fünfte trinkt zu viel oder zu oft Alkohol, und 3% der Bevölkerung haben im letzten Monat Cannabis konsumiert. In der Gesamtbevölkerung hat sich das Konsumverhalten nicht wesentlich verändert. Anders bei jungen Menschen: Hier zeichnen sich gegenläufige Entwicklungen ab. Mit dem Suchtpanorama 2016 veröffentlicht Sucht Schweiz zum zweiten Mal Analysen für die Bereiche Alkohol, Tabak, illegale Drogen, Geldspiel und neu zum Internetkonsum. Mit jährlich mehr als 11'000 Todesfällen und 10 Milliarden Franken Folgekosten fordern Suchtprobleme die ganze Gesellschaft. Nicht nur das Individuum, sondern auch der Staat und die Wirtschaft tragen Verantwortung – eine nicht selbstverständliche Sichtweise, wie der Blick auf die suchtpolitischen Entwicklungen zeigt.

## Weiterhin hohe Problemlast

### **Tabak: Kein weiterer Rückgang der Raucherquote**

Es ist weiterhin nicht gelungen, einen Rückgang der Raucherquote zu erreichen. Die tabakbedingte Problemlast hat mit 9500 Toten pro Jahr sogar noch etwas zugenommen, was den Anstieg der Anzahl der Raucherinnen in den vergangenen Jahrzehnten mit Verzögerung nachzeichnet. Während die Raucherquote stagniert, verändert sich der Markt: Es werden weniger konventionelle Zigaretten gekauft, dafür wird mehr zu selbstgedrehten Zigaretten, Wasserpipe und E-Zigaretten gegriffen, wobei es sich bei Letzteren bis jetzt wohl meist um einen Probierkonsum handelt.

### **Alkohol: Gleichbleibende Problemlast bei ungleicher Konsumverteilung**

Mit 8.1 Liter reinen Alkohols ist weiterhin ein leichter Rückgang des jährlichen Pro-Kopf-Konsums festzustellen. Insbesondere das tägliche Glas Wein gehört seltener zum Alltag von Herrn und Frau Schweizer. Allerdings ist der Gesamtkonsum nach wie vor sehr ungleich verteilt: So trinken gut 11% der erwachsenen Bevölkerung die Hälfte des gesamten Alkohols, was sich in einer unverändert hohen Problemlast widerspiegelt: Weiterhin stirbt alle 5 bis 6 Stunden ein Mensch an den Folgen des Alkoholkonsums. Es wird geschätzt, dass rund 250'000 Menschen an einer Alkoholabhängigkeit und eine weitere halbe Million unter dem Alkoholproblem naher Angehöriger leiden; dazu kommen rund 100'000 Kinder aus alkoholbelasteten Familien.

### **Illegale Drogen: Weiterhin weit verbreiteter Cannabiskonsum und neue Regulierungsmodelle auf dem Prüfstand**

Cannabis bleibt die mit Abstand meist konsumierte illegale Substanz. Sie ist in der Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen, in der eine von 14 Personen konsumiert, am stärksten verbreitet. So steht denn die Diskussion um mögliche Vor- und Nachteile einer Cannabisregulierung im Zentrum der drogenpolitischen Diskussionen – nun vor



dem Hintergrund erster Erfahrungen mit neuen Regulierungsmodellen in vier amerikanischen Staaten und in Uruguay.

### **Geldspiel: Ungewisse Entwicklung aufgrund geplanter Markterweiterung**

Gut 1% der Bevölkerung spielt auf problematische oder pathologische Weise. Ein bedeutender Teil der Einnahmen für Betreiber und Staat stammt aus ihrem Geldbeutel. Das neue Geldspielgesetz will nun den profitablen Markt auch im Internet öffnen. Ohne ausreichende Massnahmen für den Spielerschutz riskiert damit der Gesetzgeber eine Zunahme der Probleme mit dem Geldspiel.

### **Gegenläufige Entwicklungen unter den Jungen**

#### **Weniger Alkohol, Tabak und Cannabis bis zum Alter von 15 Jahren, Zunahme bei den älteren Jugendlichen**

Bei den Jungen zeichnet sich beim Alkohol und Tabak eine auffällige Entwicklung ab: Die neuste Schülerinnen- und Schülerbefragung zeigt, dass die 15-Jährigen von heute im Umgang mit Alkohol zurückhaltender sind als früher, während unter den 15- bis 19-Jährigen das Rauschtrinken seit 2011 zunimmt. Ein ähnliches Phänomen beim Tabak: Unter den 11- bis 15-Jährigen sinkt der Anteil der Rauchenden seit 2002, bei den 15- bis 19-Jährigen gibt es Anzeichen, dass diese wieder vermehrt zum Glimmstängel greifen. Auch beim Cannabiskonsum lässt sich bei den 15-Jährigen ein Rückgang feststellen – wenn auch weniger ausgeprägt – während bei den 15- bis 19-Jährigen der Trend stabil oder leicht steigend ist. Interessanterweise zeichnen sich zumindest in Frankreich und in den USA ähnliche Entwicklungen ab.

#### **Offene Fragen, ungewisse Entwicklung**

Ob die Entwicklung bei den jüngeren Jugendlichen mit einem veränderten Erziehungsverhalten, mit einem grösseren Gesundheitsbewusstsein, mit Erfolgen der Suchtprävention und des Jugendschutzes oder mit einem veränderten Ausgehverhalten der Jugendlichen zusammenhängt, bleibt offen. Gemäss neuen Studien gibt es gewisse Anzeichen einer „Verhäuslichung“ der jüngeren Generation, so dass diese weniger bzw. später mit Suchtmitteln in Kontakt kommt. Welchen Einfluss dabei die stärkere Mediennutzung hat, ist unklar. Zwar haben immer jüngere Altersgruppen Zugang zur virtuellen Welt: Über die Hälfte der 6- bis 13-Jährigen besitzt ein eigenes Smartphone und die 12- bis 19-Jährigen verbringen in der Freizeit durchschnittlich zwei Stunden pro Tag unter der Woche und drei oder mehr Stunden pro Tag am Wochenende und in den Ferien im Internet. Gleichzeitig legen neuste Jugendbefragungen nahe, dass die Beschäftigungen in der virtuellen Welt nicht zu einem Rückgang von „realen“ Aktivitäten und Freundschaften geführt haben.

### **Sucht als gesamtgesellschaftliche Herausforderung**

Den Fokus ausschliesslich auf die Jugendlichen zu richten, wie es in der Politik nur allzu beliebt ist, greift zu kurz. Erstens orientieren sich die Jugendlichen an der Erwachsenenwelt und zweitens ist die suchtmittelbedingte Problematik hauptsächlich auf das Konsumverhalten der Erwachsenen zurückzuführen. Deshalb muss die Suchtprävention und -politik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, für die sämtliche Akteure – die Konsumierenden, der Staat wie auch die Wirtschaft Verantwortung tragen.



### **Eigenverantwortung ist wichtig, aber nicht alle haben die gleichen Voraussetzungen**

Die parlamentarische Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte in Spital und Ausnüchterungszellen selber bezahlen», welche Ende letzten Jahres erfreulicherweise vom Nationalrat abgeschrieben wurde, war symptomatisch für den Zeitgeist der heutigen Gesundheitspolitik. Nebst dem Bruch mit dem Solidaritätsprinzip wurde einmal mehr mit den Jugendlichen in der Rolle der Problemverursacher argumentiert, obschon weniger als 10% der wegen Alkoholvergiftung hospitalisierten Personen Jugendliche sind. Befürworter sprachen viel von Eigenverantwortung, ein Argument, das zunehmend nicht mehr nur in industrienahen, sondern auch in gesundheitspolitischen Kreisen Popularität genießt, während die Verantwortung der Gesellschaft und Politik trotz zunehmender Deregulierung des Marktes vernachlässigt wird.

Die rund 100'000 Kinder, welche in der Schweiz in einer suchtblasteten Familie aufwachsen, tragen ein bis zu sechs Mal höheres Risiko, später selber suchtkrank zu werden. Sie können es sich nicht aussuchen, ob sie mit Suchtproblemen konfrontiert werden oder nicht. Vielmehr muss die Gesellschaft Voraussetzungen schaffen, damit Kinder zu gesunden, eigenverantwortlichen Bürgern und Bürgerinnen heranwachsen können. Häufig blockiert aber die Politik gesundheitsförderliche Investitionen mit dem Argument der Eigenverantwortung. Diese von anderen zu fordern, ohne die eigene Verantwortung gegenüber Minderjährigen oder gefährdeten Gruppen wahrzunehmen, ist nicht vertretbar.

### **Persönliche Freiheit ist nicht dasselbe wie Marktfreiheit!**

Das Argument, dass regulierende Massnahmen die Eigenverantwortung und persönliche Freiheit einschränken, greift zu kurz: Es geht nicht darum, den Substanzkonsum zu verbieten oder Konsumierende zu stigmatisieren. Wichtig sind Rahmenbedingungen, die gesundheitskompetentes Handeln und nicht den Konsum fördern. Die mehr als 10'000 Toten und 10 Milliarden Franken Folgekosten verdeutlichen, dass es sich auch bei den legalen Suchtmitteln nicht um gewöhnliche Konsumgüter handelt.

Aktuelle Befragungen zeigen, dass ein Verbot der Tabakwerbung oder Massnahmen gegen Spottpreise beim Alkohol von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet werden. Für die meisten wären diese Massnahmen kaum spürbar, hingegen würden sie junge Menschen und solche mit problematischem Konsum schützen. Zudem scheint es vielen widersprüchlich, dass Jugendliche von den Risiken des Rauchens überzeugt werden sollen und gleichzeitig die Tabakwerbung an jugendtypischen Orten wie Festivals oder in sozialen Medien Freiheit und Coolness verspricht. Das neue Tabakproduktegesetz, das dieses Jahr beraten wird, bietet eine Chance diese Widersprüche zu beseitigen. Auch bei der Regulierung des Geldspielmarktes erhält das Parlament die Möglichkeit, die Interessen der Gesundheitspolitik mit jenen der Wirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen, indem die ursprünglich vorgesehene Stärkung des Spielerschutzes wieder integriert wird.

Parallel zu den laufenden Debatten zu Gesetzesrevisionen im Bereich der legalen Suchtmittel wird vor allem auf Ebene der Kantone und Städte nach neuen Wegen im Umgang mit Cannabis gesucht. Wichtig ist, die unterschiedlichen Entwicklungen im legalen und illegalen Suchtbereich nicht isoliert voneinander zu betrachten: So lehren uns die Erfahrungen mit Deregulierungen im Alkohol- und Tabakproduktmarkt, dass ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Cannabismodell wie es gegenwärtig in den



USA umgesetzt wird, wenig im Interesse der Suchtprävention sein kann. Genauso wenig im Sinne einer kohärenten Suchtpolitik ist es, wenn ein Produkt wie Tabak, das stündlich einen Menschen tötet, immer noch mit Werbung gefördert werden kann, während bei illegalen Drogen bereits der Konsum ein Delikt darstellt. Es bleibt zu wünschen, dass die Suchtpolitik weniger ideologisch, sondern auf sachlichen Analysen der bisherigen Erfahrungen basiert. Dazu will das vorliegende Suchtpanorama einen Beitrag leisten.

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.



# ALKOHOL: GROSSER REFORMBEDARF IN DER POLITIK

**Stillstand in der Alkoholdebatte:** Nach Jahren des politischen Feilschens hat das Eidgenössische Parlament Ende 2015 die Totalrevision des Alkoholgesetzes abgebrochen. Gründe waren unüberwindbare Differenzen wegen Steuererleichterungen für Spirituosenproduzenten und dem Nachtverkaufsverbot. Doch die Problemlast verlangt nach Lösungen, welche die Deregulierung des Marktes korrigieren.

## Gesamtkonsum rückläufig bei gleichbleibender Problemlast

Der [Pro-Kopf-Konsum](#) von Alkohol hat in den letzten 16 Jahren um einen Liter reinen Alkohol abgenommen und liegt aktuell bei 8.1 l pro Jahr. Dieser Trend ist dem Rückgang des täglichen Konsums vor allem von Wein zuzuschreiben. Noch gut 10% der Bevölkerung trinken täglich [Alkohol](#)<sup>1</sup>, Männer häufiger als Frauen. Der Rückgang der insgesamt getrunkenen Menge darf nicht darüber hinweg täuschen, dass der Konsum nach wie vor sehr ungleich verteilt ist. So trinken gut 11% der erwachsenen Bevölkerung die Hälfte des gesamten Alkohols, so dass die Problemlast hoch bleibt. Die Anzahl Alkoholabhängiger in der Schweiz wird auf rund [250'000 Personen](#) geschätzt. Und jährlich sterben fast 500 Menschen an einem alkoholbedingten Krebs – das sind rund 30% aller 1600 alkoholbedingten Todesfälle in der Schweiz. Dabei wird das [Krebsrisiko](#) von vielen unterschätzt. Ein Beispiel: Nur rund ein Fünftel der Frauen wissen, dass Alkohol selbst bei moderatem Konsum das Risiko für Brustkrebs erhöht. Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem ist die halbe Million Menschen in der Schweiz, die unter einem [Alkoholproblem naher Angehöriger](#) leiden; dazu kommen rund 100'000 Kinder aus alkoholbelasteten Familien.

## Ungleiche Konsumententwicklung bei jungen Menschen

Die neusten Resultate der [Schülerinnen- und Schülerbefragung 2014](#) zeigen, dass die 15-Jährigen von heute im Umgang mit Alkohol zurückhaltender sind als früher. Wie werden sich die Konsummenge und -muster bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen künftig entwickeln? Fakt ist, dass das [Rauschtrinken](#)<sup>2</sup> unter den 15- bis 19-Jährigen seit 2011 mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen ist. Dabei dürften die vermehrten Kaufgelegenheiten in sog. Convenience-Shops mit oft langen Öffnungszeiten das Rauschtrinken begünstigen. Gemäss einer neuen [Studie](#) kauft knapp die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen Alkohol nach den üblichen Ladenöffnungszeiten. [Testkäufe](#) verdeutlichen wiederum, dass unter 18-Jährige in über 60% der Fälle Spirituosen oder Alcopops erwerben können, während es den unter 16-Jährigen nur in 26% der Kaufversuche gelingt, Bier oder Wein zu bekommen. Eine Häufung rechtswidriger Alkoholverkäufe an Minderjährige zeichnet sich am Abend und beim Konsum an Ort und Stelle ab – beste Voraussetzungen für das Rauschtrinken.

---

<sup>1</sup> Siehe Bericht, Seite 21.

<sup>2</sup> Siehe Bericht, Seite 32.



## Gefragt ist eine wirksame, nachhaltige Alkoholpolitik

Wie die Gesellschaft den Umgang mit Alkohol regelt, wie erschwinglich und verfügbar er ist, prägt den individuellen Konsum. Mit strukturellen Massnahmen könnte die Politik präventiv eingreifen. Auf nationaler Ebene haben gesetzgeberische Massnahmen aber einen äusserst schweren Stand, wie die parlamentarische Debatte zum neuen Alkoholgesetz eindrücklich zeigte. Im Drama um ein neues Steuermodell waren etliche Gutachten erarbeitet worden mit dem Ziel, die Alkoholproduzenten zu schützen sowie die Spirituosenbranche und damit den Alkoholkonsum gar noch zu fördern. Dass das Eidgenössische Parlament im letzten Dezember beschloss, die Gesetzesrevision abzubrechen, eröffnet nun neue Möglichkeiten. Wie andere Organisationen der Suchtprävention begrüsst Sucht Schweiz die Abschreibung des Alkoholgesetzes, so wie es zuletzt vorlag.

### Alkoholgesetze drosseln den Problemkonsum

Dass die Politik in der Pflicht stünde, lässt sich anhand mehrerer Untersuchungen aufzeigen, welche die Wirksamkeit von gesetzgeberischen Eingriffen belegen: So zeigt eine von der Universität Zürich und dem Universitätsspital Lausanne geleitete nationale [Befragung](#) von jungen Männern (C-SURF), dass Vorschriften wie z. B. bezüglich Verkaufseinschränkungen oder Werbung bei jungen Konsumierenden präventiv wirken. Je mehr gesetzliche Massnahmen zur Alkoholprävention in einem Kanton in Kraft sind, desto weniger der befragten Männer trinken übermässig. Dass Konsumierende mit einer Tendenz zu risikoreichem oder antisozialem Verhalten laut dieser Studie weniger darauf ansprechen, verdeutlicht, dass solche Massnahmen durch individuelle Präventionsangebote ergänzt werden müssen.

### Massnahmen gegen Spottpreise sind breit akzeptiert

Heute sind Halbliter-Dosen Bier unter 50 Rappen keine Seltenheit mehr in der Schweiz. Zwar bezahlt schon jetzt eine Mehrheit durchschnittlich fast zwei Franken für 5 dl Bier, dennoch würden bei einem Mindestpreis von Fr. 1.50 mehr als die Hälfte der Bierkonsumierenden weniger trinken, unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen beträgt dieser Wert gar über 60%. Solche [preislichen Massnahmen](#) finden gemäss einer repräsentativen Befragung im Rahmen des Suchtmonitorings breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Es handelt sich dabei um Massnahmen, die der grösste Teil der Bevölkerung kaum wahrnehmen würde. Generell gilt, dass Preiserhöhungen – in welcher Form auch immer – den Konsum und damit die alkoholbedingten gesellschaftlichen und individuellen Schäden reduzieren, insbesondere bei den für die Prävention wichtigen Zielgruppen (Jugendliche und stark Konsumierende)<sup>3</sup>.

### Erfreulicher Verzicht auf eine kontraproduktive Massnahme

Nachdem Fachkreise in der Vernehmlassung darlegten, dass eine Gesetzesanpassung kontraproduktiv wäre, hat der Nationalrat im Dezember die parlamentarische Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte in Spital und Ausnüchterungszellen selber bezahlen» abgeschrieben. Die Einführung des Verursacherprinzips in der obligatori-

<sup>3</sup> Siehe Stockwell, T., et al., Relationships between minimum alcohol pricing and crime during the partial privatization of a Canadian government alcohol monopoly. Journal of studies on alcohol and drugs, 2015. 76(4): p. 628-634. <http://www.jsad.com/doi/abs/10.15288/jsad.2015.76.628>; vgl. auch <http://www.theguardian.com/society/2015/jun/28/minimum-alcohol-pricing-cuts-serious-crime-canada/> / ein weiterer Beitrag in der medizinischen Fachzeitschrift "The Lancet"



schen Krankenversicherung hätte womöglich dazu geführt, dass Behandlungsbedürftige nicht mehr ins Spital gehen. Damit wären begleitende präventive Massnahmen oder gar notwendige Sofortmassnahmen verunmöglicht worden.

### **Wirksame Nachtverkaufsverbote auf kantonaler Ebene**

Ebenfalls erfreulich ist die pragmatische Haltung des Kantons Waadt, wo seit dem 1. Juli 2015 Alkohol mit Ausnahme des Weins in Shops und im Take-Away nur bis 21 Uhr verkauft werden darf. Damit folgt er dem Beispiel des Kantons Genf und führt ebenfalls ein nachweislich wirksames Nachtverkaufsverbot ein. Wie eine [Studie](#) von Sucht Schweiz zur Situation in Genf zeigt, besteht gerade bei Jugendlichen ein starker Zusammenhang zwischen der Erhältlichkeit von Alkohol und dem Konsum bzw. alkoholbezogenen Problemen. Auch das am 1. März 2010 in [Baden-Württemberg](#) in Kraft getretene Nachtverkaufsverbot führte bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einem Rückgang der Spitaleinweisungen wegen Alkoholintoxikationen um 7%.

### **Gescheiterte Gesetzesrevision ebnet den Neuanfang**

Der Alkoholmarkt wurde in den letzten Jahrzehnten schrittweise liberalisiert: Ladenöffnungszeiten wurden verlängert, die Preise sind gesunken, die Bedürfnisklausel im Gastgewerbe ist gefallen. Das Alkoholgesetz, das aus dem Jahr 1932 stammt, wird trotz mehrerer Teilrevisionen den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr gerecht. Ein neues Gesetz wäre dringend nötig. Die aus Präventionssicht unabdingbaren Massnahmen wie ein Nachtverkaufsverbot, eine wirksame Preisregulierung sowie Werbeeinschränkungen sind auf Bundesebene momentan aber nicht mehrheitsfähig. Dies obwohl das Parlament damit einer weit verbreiteten Meinung in der [Bevölkerung](#) diametral gegenübersteht. Nach der gescheiterten Gesetzesrevision gilt es nun, neue, tragfähige Alternativen zu entwickeln.

Darüber hinaus braucht es unter anderem Massnahmen, die Jugendliche in ihrem gesunden Aufwachsen unterstützen und fördern. Gerade gefährdeten Kindern und Jugendlichen kann mit Unterstützung der Familie und einer gezielten Freizeitgestaltung, welche die individuellen Lebenswelten berücksichtigen, geholfen werden.



# TABAK: RÜCKGANG STAGNIERT – GEGENLÄUFIGE ENTWICKLUNG BEI DEN JUNGEN?

Die Raucherquote verharrt bei einem Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren. Bei den Jugendlichen zeichnet sich eine diametrale Entwicklung ab: Unter den 11- bis 15-Jährigen nimmt der Anteil der Rauchenden ab, bei den 15- bis 19-Jährigen gibt es Anzeichen, dass er zunimmt. Wichtig ist deshalb, dass das neue Gesetz die Werbung und das Sponsoring verbietet, denn diese richten sich gezielt an junge Menschen, verstärkt auch über neue Kanäle wie die sozialen Medien. Die neusten Todesfallstatistiken der Schweiz weisen heute eine Zahl von 9500 Toten pro Jahr nach, welche auf Tabakkonsum zurückzuführen sind. Ob die E-Zigarette dabei künftig zu einer Zu- oder Abnahme beiträgt, ist gegenwärtig unklar.

## Raucherquote: Stagnation in der Gesamtbevölkerung

### Unterschiedliche Entwicklung bei den Jungen?

Gemäss den Zahlen des [Suchtmonitorings](#) bleibt der Raucheranteil in der Schweizer Bevölkerung (ab 15 Jahren) seit 2011 bei rund einem Viertel der Bevölkerung stehen. Bei Männern beträgt der Anteil knapp 29%, bei Frauen gut 21%. Je höher der Bildungsstand ist, desto tiefer ist die Raucherquote. Der Anteil der Rauchenden, die sich vorgenommen haben, innert sechs Monaten den Tabakkonsum zu beenden, ist leicht steigend und liegt heute bei über einem Drittel.

Gegenläufige Tendenzen zeigen sich unter den jüngsten Konsumierenden: Während die Raucherquote laut der [HBSC-Studie](#) bei den 11- bis 15-Jährigen seit 1998 sinkt, deuten die Zahlen der 15- bis 19-Jährigen auf eine gegenteilige Tendenz hin: Seit 2011 ist der Raucheranteil unter ihnen um rund vier Prozentpunkte auf 26.6% gestiegen, mehrheitlich wegen der Zunahme der Gelegenheitsrauchenden.

### Weniger konventionelle, aber mehr selbstgedrehte Zigaretten

Die Anzahl der in der Schweiz verkauften industriellen Zigaretten nimmt stetig ab und beläuft sich im Jahr 2014 auf [10.2 Milliarden](#) Stück. Umgekehrt nimmt aber die Anzahl der selbstgedrehten Zigaretten zu: Die [versteuerte Menge Feinschnitttabak](#)<sup>4</sup> stieg zwischen 2011 und 2014 von 487 auf 680 Tonnen. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der täglich Rauchenden, die auch oder nur selbst gedrehte Zigaretten konsumierten, von 13.9 auf 20.4% zu, bei den Gelegenheitsrauchenden von 15.1 auf 28.2%.

<sup>4</sup> In: Büro BASS: Regulierungsfolgenabschätzung zum Tabakproduktegesetz, Schlussbericht, S. 55



Seit 2011 stieg auch der Anteil an den täglich Rauchenden, die zur Wasserpfeife greifen, von 1.4 auf 3.6%, bei den gelegentlich Rauchenden von 7.2 auf 13.5%. Diese Tendenz betrifft verstärkt die jüngsten Altersstufen.

### **E-Zigaretten: Mehr Probierkonsum, aber kaum täglicher Konsum**

Elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) werden erst seit wenigen Jahren stärker vermarktet. Gemäss den Resultaten des Suchtmonitorings von 2014/15 hat 14% der Bevölkerung über 15 Jahren mindestens einmal eine E-Zigarette benutzt, mehr als doppelt so viele wie 2013. Täglich "dampften" allerdings nur 0.3% der Befragten. Ein Drittel der 15- bis 19-Jährigen haben bereits einmal zu einer E-Zigarette gegriffen, allerdings kaum jemand täglich.

In der Wissenschaft wie auch in der Fachwelt ist heute eine intensive Debatte im Gang, ob die E-Zigarette und andere neue Produkte eher gefördert oder eher eingeschränkt werden sollen. Denn auf der einen Seite könnten Rauchende mit der E-Zigarette die viel schädlichere konventionelle Zigarette ersetzen. Es gibt allerdings noch kaum Studien, die einen langfristigen Umsteigeeffekt nachweisen konnten. Auf der anderen Seite existieren neuerdings auch Untersuchungen, die Anzeichen geben, dass die E-Zigarette den Jugendlichen den Einstieg in den Konsum von konventionellen Zigaretten erleichtert.

### **Verteuerung des Wasserpfeifentabaks und Verlagerung der Werbemassnahmen**

Seit dem 1. Mai 2015 wird Wasserpfeifentabak gleich wie Feinschnitttabak besteuert, was den Endpreis in etwa verdoppelt. Angesichts des starken Anstiegs des Wasserpfeifen-Gebrauchs bei jungen Menschen kommt die Preiserhöhung zum richtigen Zeitpunkt, denn Preiserhöhungen wirken [besonders bei Jugendlichen präventiv](#).

Die Promotionsaktivitäten der Tabakbranche konzentrieren sich vor allem [auf diejenigen Orte](#), wo Jugendliche und junge Erwachsene verkehren, so z. B. auf die sozialen Medien, die Ausgehorte und Festivals sowie auf die Verkaufsstellen. Diese Marketinglogik folgt der Erkenntnis, dass [zwei Drittel der heutigen Rauchenden](#) bis und mit 19 Jahren mit dem täglichen Rauchen begonnen haben.

### **Folgen des Tabakkonsums: 9500 Tote pro Jahr**

Nikotin ist einer der am schnellsten abhängig machenden Stoffe und es ist davon auszugehen, dass die meisten der täglich Rauchenden (die rund 70% der Rauchenden ausmachen) davon [abhängig](#) sind. Nach aktuellen Zahlen starben im Jahr 2012 [9500 Menschen in der Schweiz](#) auf Grund des Rauchens, die Tendenz ist seit rund 10 Jahren steigend. Der Anstieg geht vollständig aufs Konto der Frauen und zeichnet damit den Anstieg der Raucherinnenquote mit Verzögerung nach. Hauptursachen sind verschiedene Krebsarten (42%), Herz-Kreislaufkrankungen (39%) sowie die Chronisch Obstruktive Lungenerkrankung (COPD, 15%). Im Jahr 2007 entstanden im Übrigen durch das Rauchen direkte und indirekte Kosten von schätzungsweise 5.7 Milliarden Franken<sup>5</sup>. Davon fielen im Gesundheitswesen 1.7 Milliarden und in der Volkswirtschaft sowie den Sozialversicherungen knapp 4 Milliarden Franken an.

---

<sup>5</sup> Neuberechnung in: Fueglistler-Dousse et al.: Coûts et bénéfices des mesures de prévention de la santé : Tabagisme et consommation excessive d'alcool (rapport final); Neuchâtel 2009.



## Politik: Das Tabakproduktegesetz als historische Chance

Der Bundesrat hat im November 2015 das neue Tabakproduktegesetz in die parlamentarische Beratung geschickt. Es sieht hauptsächlich Werbeverbote auf Plakaten, in Print- und Onlinemedien, in Kinos und an Festivals mit internationaler Ausrichtung vor. Weiter sollen keine Gratismuster mehr abgegeben und das Abgabalter schweizweit auf 18 Jahre festgesetzt werden. Ein generelles Tabakwerbeverbot hätte nach [neusten Erhebungen](#) mit 53% gar den Zuspruch der Bevölkerungsmehrheit. Dieses ist aber leider vom Bundesrat bisher nicht vorgesehen.

Inzwischen gehen die Kantone voran: In fast allen Kantonen existieren Abgabeverbote an Jugendliche und in 15 Kantonen Werbeeinschränkungen.

## Wie weiter? Umfassende Prävention statt Werbung

Wenn das gesunde Aufwachsen von Jugendlichen ein ernsthaftes Ziel darstellen soll, dann ist es unabdingbar, umfassende Präventionsmassnahmen zu entwickeln, welche auf die Veränderung von gesellschaftlichen Normen rund um Tabakprodukte abzielen. Es entbehrt jeder Glaubwürdigkeit, wenn Jugendliche sich einerseits mit den Risiken des Rauchens auseinandersetzen sollten, und andererseits gleichzeitig an jugendtypischen Orten wie den sozialen Medien oder Open Airs für ein Produkt geworben werden kann, welches jede Stunde einen Menschen tötet.

Der Jugendschutz ist jedenfalls nur mit einem umfassenden Tabakproduktegesetz gewährleistet. Neben dem vorgesehenen Verbot von Kino-, Plakat- und Printwerbung, sollte auch das Sponsoring von Open Air-Festivals sowie Werbung an Verkaufsstellen wie Kiosken untersagt werden. Das neue Tabakproduktegesetz bietet hier eine historische Chance. Denn [Studien](#) zeigen, dass Werbeeinschränkungen tatsächlich wirken. Eine [Untersuchung](#) über die finanziellen Auswirkungen des Gesetzesvorschlags zeigt, dass die damit verbundenen Einsparungen von sozialen Folgekosten netto fast 600 Millionen Franken pro Jahr betragen. Ein konsequentes Verbot von Werbung und Sponsoring hätte noch höhere Einsparungen zur Folge. Hinzu kommt, dass durch eine Reduktion des Tabakkonsums in anderen Bereichen gar mehr Arbeitsplätze geschaffen als in der Tabak- und Werbeindustrie verloren gehen, wie verschiedene [Studien](#) nahelegen.

Angesichts der in den Forschungsergebnissen festgestellten unterschiedlichen Raucherquoten zwischen den Bildungsschichten sollten Prävention und Unterstützungsangebote zum Ausstieg insbesondere auch bildungsfernere Schichten erreichen.

Im Bereich der E-Zigaretten und anderen neuen Nikotinprodukten schliesslich besteht heute eine Unsicherheit bezüglich rechtlichem Status und gesundheitlichen Auswirkungen. Wichtig wäre es, diese Produkte auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen sinnvoll regulieren zu können. Hierzu ist dringend mehr Forschung nötig.



# ILLEGALE DROGEN: SCHLÜSSELJAHR FÜR DIE DROGENPOLITIK?

Die Drogensituation in der Schweiz ist seit einigen Jahren stabil. Befürchtungen wegen des Konsums neuer Substanzen erwiesen sich bisher als kaum begründet. Der intravenöse Konsum und der multiple Substanzgebrauch sind aber weiterhin Teil der Realität: Nach wie vor werden in der Schweiz Jahr für Jahr rund [120 Todesfälle](#) infolge Drogenkonsums registriert. Wie in den 1990er Jahren dreht sich die Debatte heute um die Ausrichtung der Drogenpolitik: Ist die Bestrafung des Konsums tatsächlich vertretbar? Welche Vor- und Nachteile hätte eine Regulierung des Cannabismarkts?

## Situation heute: keine wesentlichen Entwicklungen

### Cannabis: immer noch ein Spezialfall

Unter den illegalen Suchtmitteln hat Cannabis einen besonderen Stellenwert. Es ist die meist konsumierte Droge: unter den 15- bis 34-Jährigen geben 6.9% an, im Lauf des vergangenen Monats Cannabis konsumiert zu haben. Dieser Anteil scheint stabil zu sein. Studien in [Deutschland](#) bei den unter 25-Jährigen und in [Frankreich](#) weisen jedoch auf einen Anstieg des Konsums bei Jugendlichen hin. Die [Schülerinnen- und Schülerbefragung](#) legt dagegen einen Rückgang des Konsums bei den Jüngeren (15- bis 16-Jährigen) in der Schweiz nahe, wenngleich dieser weniger markant ist als bei Alkohol und Tabak.

### Keine Anzeichen für Mehrkonsum anderer Substanzen

Aufgrund der Datenlage scheint die Situation bezogen auf die anderen illegalen Drogen hierzulande stabil. Rund [1 Prozent der 15- bis 34-Jährigen](#) geben an, im Lauf des vergangenen Jahres Kokain konsumiert zu haben. Abwasseranalysen weisen darauf hin, dass der Konsum am Wochenende zunimmt, und Erhebungen zeigen, dass er höher ist bei Personen, die oft ausgehen und andere legale und illegale Substanzen konsumieren. Der Anteil Konsumierender ist unter Männern weiterhin höher als unter Frauen; bei regelmässig Konsumierenden ist dieser Unterschied am grössten. Unter den – hauptsächlich von Opioiden – abhängigen Personen finden sich naturgemäss besonders viele mit gesundheitlichen und sozialen Problemen.

### Methamphetamine und neue psychoaktive Substanzen: Bisher nicht bestätigte Befürchtungen

Im 2015 wurde wiederholt über das Aufkommen neuer Substanzen auf dem Schweizer Drogenmarkt berichtet. Zwei von Sucht Schweiz in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern durchgeführte Untersuchungen zeigten auf, dass neue psychoaktive Substanzen – vor allem im Internet angebotene Alternativen zu herkömmlichen Dro-



gen – sowie [Methamphetamin](#) heute auf nationaler Ebene kein grösseres Problem darstellen, dass sich aber eine gewisse Wachsamkeit aufdrängt.

### **Höhere Reinheitsgrade**

Eine Entwicklung wurde allerdings sowohl auf europäischer Ebene als auch in der [Schweiz](#) beobachtet: ein höherer Reinheitsgrad von Substanzen wie Heroin oder Kokain und ein höherer Gehalt an psychoaktiven Stoffen bei Ecstasy-Pillen und gewissen Cannabisprodukten, wobei in bestimmten Fällen Werte wie bereits vor einigen Jahren erreicht werden. Diese Entwicklung weist auf Veränderungen auf dem Drogenmarkt (Produktion, Handel) hin, die meist nicht nachvollziehbar sind, weil ein adäquates Instrumentarium zur Analyse dieses Markts fehlt. Dabei geht es hier um Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit, beispielsweise im Zusammenhang mit hochdosierten Ecstasy-Pillen (MDMA) oder Heroin, dessen Reinheitsgrad stark schwanken kann.

## **Politik: Wie mit Cannabis umgehen?**

### **Umbruch in der Cannabispolitik**

Die wichtigste Entwicklung der letzten Jahre betrifft die Legalisierung und Marktregulierung von Cannabis [in Uruguay und in den Vereinigten Staaten](#). In den USA haben die Stimmberechtigten von vier Teilstaaten (Colorado, Washington State, Oregon und Alaska) sowie der Hauptstadt (Washington DC) entsprechenden Gesetzgebungen zugestimmt. Die Bürger und Bürgerinnen von Ohio hingegen haben eine ähnliche Volksinitiative klar verworfen, die auf die Schaffung eines Oligopols zur Kontrolle der Cannabisproduktion abzielte. Mindestens fünf weitere Staaten, darunter Kalifornien, dürften gleichzeitig mit der nächsten Präsidentschaftswahl im November 2016 über die Regulierung des Cannabismarkts abstimmen. Weitere Staaten, darunter Vermont, könnten auf parlamentarischem Weg eine entsprechende Gesetzgebung verabschieden.

Die Entwicklung in den Vereinigten Staaten beeinflusst die Debatte auch in der Schweiz. Verfechterinnen und Verfechter des Status quo, die ausschliesslich das Verbot von Cannabis für gerechtfertigt halten, stellen fest, dass diese Option an Zuspruch verliert in einem Land, das sich bisher dafür stark gemacht hat. Wer hingegen eine Reform der Cannabispolitik anstrebt, sieht sich rasch mit einem kommerziellen Modell konfrontiert, das Regulierungsprobleme widerspiegelt, wie man sie bereits vom Alkohol und vom Tabak her kennt – wie beispielsweise die Bildung von Interessengruppen, die sich gesundheitspolitischen Massnahmen widersetzen, wenn diese ihre Profite schmälern.

### **Führen Ordnungsbussen in der Schweiz zu mehr Ungleichheit?**

Seit Oktober 2013 sollten erwachsene Cannabiskonsumierende nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, sondern eine Ordnungsbusse in der Höhe von 100 Franken erhalten, sofern sie nicht mehr als 10 Gramm der Substanz besitzen. Erste Daten zur Anwendung dieser Bestimmung weisen darauf hin, dass eines der angestrebten Ziele, nämlich die Förderung der Gleichbehandlung auf nationaler Ebene, bei weitem nicht erreicht ist. So wurden im Kanton Bern 2014 weniger Ordnungsbussen ausgestellt als im Kanton Jura mit immerhin fünfzehnmal weniger Einwohnerinnen und Einwohnern.



Im Auftrag des Bundes führt Sucht Schweiz eine Studie durch, um diese Unterschiede besser zu erfassen und herauszufinden, ob sie sich mit der Zeit verringern.

## **Schlüsseljahr 2016?**

Eine Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen befasst sich im April 2016 mit der Zukunft der Drogenpolitik. Die von manchen erwarteten grossen Umbrüche werden sich vielleicht nicht einstellen, wahrscheinlich wird die Tagung aber zu einer grösseren Vielfalt in der Drogenpolitik der einzelnen Länder führen, insbesondere bei Cannabis.

In den Vereinigten Staaten dürften die vorgesehenen Abstimmungen zu einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Anzahl Staaten führen, die einen Cannabismarkt zulassen. Sollte sich Kanada ebenfalls dazu entscheiden, wie die neue Regierung verlauten liess, könnte Cannabis in Nordamerika fast 100 Millionen Menschen legal zugänglich werden. Parallel dazu wird Uruguay sein gesamtes Regulierungsdispositiv eingeführt haben, so dass es möglich wird abzuschätzen, ob stärkere Regulierungen des Cannabismarkts eine glaubwürdige Alternative zum kommerziellen Modell der Vereinigten Staaten darstellen.

Weitere Vorschläge zur Regulierung des Cannabismarkts werden 2016 von Schweizer Städten und Kantonen vorgelegt. Diese Initiativen werden hierzulande die Debatte vorantreiben und zu den laufenden Überlegungen und Entwicklungen auf internationaler Ebene beitragen. Entscheidend ist, neue Ansätze wissenschaftlich zu evaluieren und eine Entwicklung des Cannabismarkts zu vermeiden, wie sie beispielsweise in Colorado zu beobachten ist.



# GELDSPIEL: HOCHSEILAKT OHNE NETZ?

**Spiel ohne Grenzen? Das neue Geldspielgesetz wird dieses Jahr erstmals beraten. Das Eidgenössische Parlament hat die Chance, der geplanten Marktöffnung im Internet einen grösseren Spielerschutz entgegen zu setzen. Denn ohne zusätzliche Massnahmen ist eine Liberalisierung nicht zu verantworten. Ansonsten riskiert die Politik, dass mehr Spielende die Kontrolle über ihr Freizeitvergnügen verlieren werden.**

## (Un-)Glück im Spiel

Heute spielen schätzungsweise 75'000 Menschen problematisch oder pathologisch (1.1% der Bevölkerung ab 15 Jahren), das heisst: 47'000 gelten als problematisch Spielende und etwa 28'000 sind glücksspielsüchtig<sup>6</sup>. Eine kürzlich erschienene Untersuchung aus dem Kanton [Freiburg](#) zeigt, dass knapp 5% der 15- bis 24-Jährigen in nachobligatorischer Ausbildung als gefährdete oder problematisch Spielende gelten. Ähnliche Zahlen wiesen schon die Kantone [Bern](#) und [Neuenburg](#) aus.

Bei Spielsüchtigen dominieren die Geldspiele den Alltag. Sie verleugnen ihr Problem, verlieren die Kontrolle über ihr Spiel sowie den Bezug zur Realität. Und nicht nur die Spielsüchtigen selber, sondern auch die Angehörigen und die Gesellschaft zahlen einen hohen Preis: Die sozialen Kosten der Spielsucht in der Schweiz werden auf [551 bis 648 Millionen Franken](#) pro Jahr geschätzt.

## Viel Geld im Spiel – auf Kosten der Suchtgefährdeten

[1.6 Milliarden](#) Franken betragen laut Branche die Bruttoeinnahmen der Lotterien und Casinos im Jahr 2014, davon wurden mehr als 900 Millionen via Steuern und Abgaben umverteilt. In erster Linie profitieren davon die AHV/IV (Spielbankenabgabe), einige Kantone (Gewinnsteuer für B-Casinos) sowie gemeinnützige Projekte (Lotterien). Die Schweiz verfügt im Vergleich zu den umliegenden Ländern über die höchsten Bruttoeinnahmen durch Geldspiele pro Einwohner. Auch die Casinodichte (Anzahl Casinos pro EinwohnerIn) ist mit 8 A-Casinos und 13 B-Casinos eine der höchsten der Welt.

Ausländische Studien zeigen, dass eine kleine Gruppe von Personen, namentlich problematisch Spielende, einen beachtlichen Teil der Einnahmen aus Geldspielen generieren. Laut Schätzungen erzeugen in Frankreich die knapp 5% problematisch Spielenden 40% der Glücksspieleinnahmen. In [Kanada](#) kommen gut 23% der Einnahmen von den 4% der Personen, die ein Problem mit dem Glücksspiel haben; in [Australien](#) erzeugen sie 40% der Einnahmen.

---

<sup>6</sup> Aktuelle Erhebungen zur Glücksspielproblematik für die Schweiz stammen einzig aus der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung](#) von 2012.



### **Jährliche Zunahme der Spielsperren erstaunlich konstant**

Im Jahr 2014 waren 43'094 Personen in Schweizer Spielbanken gesperrt. Die jährliche Zunahme an Spielsperren betrug 3514 – was in etwa der Entwicklung der Vorjahre entspricht. Die Zunahme resultiert aus den neu ausgesprochenen Sperren abzüglich der Aufhebungen bisheriger Sperren. Das Gesamttotal an Sperren nimmt so seit Jahren zu – von Jahr zu Jahr auffällig gleich. Ob dies präventive Sperren sind oder ob die Betroffenen bereits ein problematisches oder pathologisches Spielverhalten haben, ist nicht bekannt.

### **Neues Geldspielgesetz öffnet den Markt im Internet**

Im Oktober 2015 hat der Bundesrat den Entwurf zum neuen Geldspielgesetz zuhanden des Parlaments verabschiedet. Darin sieht er keine griffigen neuen Massnahmen zum Schutz der Spieler und Spielerinnen vor, sondern fördert vielmehr die Liberalisierung des Geldspielmarktes, insbesondere durch neue Konzessionen von Online-Casinos. Anders als zuerst vorgesehen, sieht der Bundesrat nun von einer beratenden Kommission zur Prävention der Spielsucht ab. Er verzichtet zudem auf die zweckgebundene Finanzierung der Massnahmen zur Geldspielprävention und Behandlung der Spielsucht.

Vorgesehen ist zudem das Verbot der irreführenden Werbung sowie der Werbung, die sich an Minderjährige und gesperrte Personen richtet. Neu soll die Spielsucht als Kriterium für eine Spielsperre im Gesetz verankert werden. Bisher waren nur finanzielle Gründe ausschlaggebend.

### **Online-Geldspiele ohne Grenzen**

Die Anzahl der Geldspiele im Internet, bei denen mit realem Geld gespielt werden kann, ist bis heute auf mehrere Tausend Webseiten angewachsen. Die Online-Geldspielanbieter sind jedoch in ausländischen Steueroasen gemeldet, da das Anbieten von Online-Geldspielen in der Schweiz bislang verboten ist. Eine Ausnahme sind die Angebote von Swisslos und Loterie Romande. Im neuen Gesetz sind nun auch Konzessionen für Online-Casinos vorgesehen, ohne hierfür spezifische Massnahmen für den Spielerschutz zu definieren.

Online-Geldspiele bergen besondere Risiken. Sie sind Tag und Nacht zugänglich und der Jugendschutz kann leicht umgangen werden<sup>7</sup>. Zudem werben Freispiele und Gratisguthaben Spielende an. Die rasante Spielabfolge kann zu schnellen Geldeinsätzen und hohen Verlusten führen. Bei rascher Ereignisfolge ist die Gefährdung für problematisches bzw. pathologisches Spielen erhöht. Dass Geldspiele trotz Altersgrenze von 18 Jahren auch für Minderjährige möglich sind, zeigt die bereits genannte [Freiburger Studie](#). Von den 15- bis 17-Jährigen, die in den letzten 12 Monaten gespielt haben, setzten rund 5% Geld ein, wobei über ein Drittel eine Prepaid-Karte benutzte.

---

<sup>7</sup> Mehr dazu im neuen [Elternbrief](#) zum Thema Glücksspiel.



## **Unausgewogene Gesetzesvorlage vernachlässigt den Spielerschutz**

Sucht Schweiz begrüsst, dass das bisherige Spielbankengesetz sowie das veraltete Lotteriegesetz zu einer Vorlage vereint werden, bedauert aber den unzureichenden Spielerschutz. So wird die Liberalisierung des Geldspielmarktes, vor allem im Online-Bereich, nur ungenügend von Präventions- und Regulierungsmassnahmen begleitet. Es bräuchte griffige Massnahmen zur Einschränkung der Angebotsdichte, ein Verbot für Gratisspiele oder ein Kontrollsystem für Spielverhalten und -ausgaben sowie die Regulierung von Art und Platzierung der Werbung. Ein Blick ins benachbarte Ausland zeigt, dass auch im Online-Bereich teilweise Regulierungsmodelle für Angebote, die sich an Erwachsene richten, etabliert wurden, z. B. in Frankreich für Pferde- und Sportwetten sowie Pokerspiele oder in Deutschland für Pferdewetten.

Aus Sicht der Suchtfachleute ist namentlich die Streichung der ursprünglich vom Bundesrat vorgesehenen beratenden und unabhängigen Präventionskommission folgenreicher. Gefordert wird zudem eine zweckgebundene Abgabe auf alle Spieleinnahmen für die Behandlung und Prävention der Glücksspielsucht in den Kantonen. Nur so wären die Kantone auch wirklich in der Lage, ihrem Gesetzesauftrag zur Beratung und Behandlung nachzukommen. Sucht Schweiz appelliert gemeinsam mit anderen Suchtfachorganisationen an das Parlament, den Spielerschutz nicht zu vernachlässigen. Dies ist in Anbetracht der geplanten Marktliberalisierung umso dringender.

Mit dem neuen Geldspielgesetz wäre auch der richtige Moment da, öffentliche Gelder für die Forschung vorzusehen, denn nach wie vor gibt es nur sehr wenige wissenschaftliche Arbeiten für die Schweiz.



# OMNIPRÄSENZ DES INTERNETS: HERAUSFORDERUNG VOR ALLEM FÜR JUNGE

Am Internet führt im täglichen Leben kein Weg mehr vorbei, und dies bereits in jungen Jahren. Nach ersten Schätzungen haben rund 370'000 Personen in der Schweiz Probleme im Umgang mit dem Internet. Es existiert noch kein internationaler Konsens zur Definition der Internetsucht, dennoch besteht eine Nachfrage nach Therapie. Der Internetbereich wandelt sich ständig und bedarf weiterer Beobachtung, um geeignete Massnahmen ergreifen zu können.

## Dank Technologieboom überall und ständig online

Gemäss Bundesamt für Statistik ([BFS](#)) ist in der Schweiz der Anteil der Personen, die das Internet regelmässig nutzen<sup>8</sup>, in den vergangenen 20 Jahren exponentiell gestiegen: von 7% im Jahr 1997 auf 83% im Jahr 2014<sup>9</sup>. Heute surfen nicht weniger als 80% der Bevölkerung gewohnheitsmässig zu Hause, 48% nutzen das Web am Arbeitsplatz und 39% verwenden es unterwegs über mobile Zugänge. Der technologische Fortschritt hat zum Aufschwung des Internets beigetragen, vor allem dank Anschlüssen mit hoher Bandbreite und der Entwicklung mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets.

## Hypervernetzte Jugend

2014 besaßen rund [95%<sup>10</sup> der 12- bis 19-jährigen Jugendlichen](#) ein Smartphone, 76% einen Laptop und 29% ein Tablet. Ausserdem benutzten 67% der 6- bis 13-Jährigen gelegentlich oder regelmässig Internet: Im Alter von 6 bis 7 Jahren waren es bereits 40% und bei den 12- bis 13-Jährigen 97%. Zudem besaßen [52% der 6- bis 13-Jährigen](#) ein eigenes Smartphone und nicht weniger als 19% verfügten über einen Internetzugang in ihrem Schlafzimmer.

## Internet: eine neue Form von Sucht?

Das Internet ist Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, der Schule und Arbeitswelt. Manche Menschen entwickeln mit ihrer Internetnutzung jedoch Probleme, die mit jenen anderer Abhängigkeiten vergleichbar sind. Der Reiz des Internets liegt in seiner Verfügbarkeit, im stetigen und einfachen Zugang, in der Informationsflut, aber auch in der Anonymität. Ausserdem wirkt das Internet als Katalysator für Verhaltens-

<sup>8</sup> Mindestens mehrmals pro Woche gemäss ENK-Kategorisierung (Engerer Nutzerkreis) des Bundesamts für Statistik.

<sup>9</sup> Bevölkerung ab 14 Jahren

<sup>10</sup> Insgesamt besaßen 98% der 12- bis 19-Jährigen ein Mobiltelefon und 97% dieser Handys waren Smartphones.



weisen mit Suchtpotenzial (Geldspiele, Pornografie, Einkäufe). Insbesondere Mehrspieler-Online-Rollenspiele (MMORPG), soziale Netzwerke, Geldspielangebote sowie Websites mit pornografischem Charakter begünstigen die Entwicklung problematischer Nutzungsformen – aufgrund von Anzahl und Häufigkeit der Stimuli und der in Aussicht gestellten Belohnungen.

Die noch junge Existenz des Phänomens und die Geschwindigkeit, mit der sich das Internet verbreitet hat, bringen es mit sich, dass die Forschung in diesem Bereich weniger weit ist als jene im Alkohol- und Drogenbereich. So existieren zurzeit keine diagnostischen Standardkriterien im DSM-5<sup>11</sup>, auch wenn verschiedene Screeninginstrumente zur Charakterisierung problematischer Internetnutzung Anwendung finden.

## **Problematische Internetnutzung in der Schweiz: Stärker verbreitet unter Jugendlichen**

Die meisten Menschen haben ihre Internetnutzung im Griff. Nach den [Suchtmonitoring-Daten](#) von 2015 verliert indes 1% der Bevölkerung die Kontrolle, das sind immerhin gut 70'000 Personen; bei den 15- bis 19-Jährigen sind es gar 7.4%. Bei den problematisch Internetnutzenden ist die Hauptaktivität der Gebrauch von Online-Kommunikationsmitteln. Das Ansehen von Filmen und das Spielen von Online-Games sind als zweit- und dritt wichtigste Aktivität ebenfalls häufig. Bezeichnend für die problematische Nutzung<sup>12</sup> sind insbesondere Kontrollverlust, starkes Verlangen und unverändertes Verhalten trotz negativer Folgen.

Ausserdem weisen 4.3% der Bevölkerung oder mehr als 300'000 Menschen Anzeichen einer als symptomatisch (risikobehaftet) qualifizierten Nutzung auf; ein seit der letzten Erhebung im Jahr 2013 leicht steigender Anteil. Insgesamt geht man damit von ungefähr 370 000 Personen aus, die von einer risikobehafteten oder problematischen Internetnutzung betroffen sind, was in etwa der Bevölkerung einer Stadt wie Zürich entspricht.

Für die 12- bis 19-jährigen Jugendlichen zeigt die [JAMES-Studie](#), dass sie in ihrer Freizeit durchschnittlich zwei Stunden pro Tag unter der Woche und drei oder mehr Stunden pro Tag am Wochenende und in den Ferien im Internet verbringen. Ihre bevorzugte Freizeitbeschäftigung bleibt allerdings «Freunde treffen». Die an Bildschirmen verbrachte Zeit ist allein kein Kriterium, um von einer problematischen Nutzung zu sprechen; zu berücksichtigen ist überdies, dass es sich in der Adoleszenz um ein vorübergehendes Verhalten handeln mag, das sich allerdings auf den Schlaf auswirken kann. Im Rahmen der [MIKE-Studie](#), erklärten 9% der befragten 6- bis 13-Jährigen, sie hätten mindestens einmal pro Woche ihr Smartphone benutzt, als sie schlafen sollten. Unter den 12- bis 13-Jährigen erreicht der Wert einen Drittel. Andere Studien weisen nach, dass die Schlafdauer der Jugendlichen abnimmt und man dieses Phänomen auf die Leuchtbildschirme zurückführen kann, welche die Ausschüttung von Melatonin hemmen, des Hormons, das den Schlaf-Wach-Zyklus und die biologischen Rhythmen synchronisiert.

<sup>11</sup> Diagnostischer und statistischer Leitfadens psychischer Störungen

<sup>12</sup> Definition gemäss CIUS, Compuive Internet Use Scale: 14 Fragen auf einer 5-Punkte-Skala auf der Grundlage der Diagnose substanzgebundener Abhängigkeit und pathologischem Spielen des DSM IV.



Unter den Risikofaktoren zur Entwicklung einer problematischen Internetnutzung liessen sich bei den Erwachsenen psychische Auffälligkeiten wie Depression oder Angststörungen nachweisen. Bei den Jugendlichen finden sich Korrelationen mit familiären Problemen, Fehlen von Hobbys, Aufmerksamkeitsstörungen oder Hyperaktivität.

### **Beratungsangebot noch unterschiedlich**

In der Schweiz scheint das Beratungsangebot in den letzten Jahren vor allem mit den Anfragen aus der Bevölkerung entstanden zu sein. Das Angebot ist sowohl in der psychiatrischen Behandlung als auch in der Suchtberatung integriert, mancherorts wurde das Behandlungsangebot für übermässiges Geldspiel entsprechend erweitert. Bis heute besteht weder ein landesweites Monitoring noch eine Koordination dieses Behandlungsangebots.

In der Therapie scheinen kognitive Verhaltenstherapien Erfolg zu versprechen, bei Jugendlichen erweisen sich Therapiemodelle als wirksam, welche die Familie einbeziehen.

### **Politik: Diverse Herausforderungen**

Das Internet führt zu Herausforderungen unterschiedlicher Art wie Internetkriminalität, und Datenschutz. In Bezug auf die Prävention bei Jugendlichen gab es zwei Interpellationen im Parlament, die in das nationale Programm «[Jugend und Medien](#)» 2011 bis 2015 mündeten. Dieses Programm zielte auf die Stärkung der Medienkompetenz Jugendlicher ab und setzte auf die unterstützende Funktion von Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen sowie von Gleichaltrigen.

Der Bundesrat sieht vor, das Altersklassifikationssystem und die entsprechende Kennzeichnung sowie die Zugangs- und Distributionsbeschränkungen für Filme und Videospiele landesweit zu harmonisieren, für Datenschutz im Internet zu sorgen und Tendenzen und Herausforderungen im Bereich digitaler Medien weiterhin zu beobachten und zu analysieren. Das Thema der übermässigen Internetnutzung ist auch Teil der vom Bundesamt für Gesundheit entwickelten [Nationalen Strategie Sucht](#).

### **Was jetzt zu tun wäre**

Die Absicht des Bundesrates, die gesetzlichen Grundlagen zum Zugang und zur Altersgrenze für Videospiele zu verbessern, ist zu begrüßen, genauso wie ein besserer Datenschutz im Internet. Die geltenden Jugendschutzmassnahmen müssen aber auch fürs Internet gültig sein.

Dass keine anerkannten Diagnosekriterien bestehen, darf die Forschung in diesem Bereich nicht aufhalten, ganz im Gegenteil. Die technischen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Internet erfolgen derart rasch, dass die Nutzungsweisen unbedingt weiter erfasst, die Probleme eingegrenzt und die Folgen für Bildung, Arbeitswelt und soziale Beziehungen im Allgemeinen untersucht werden müssen.

Zudem müssen die Prävention, die Medienkompetenz sowie die Früherkennung einer problematischen Internetnutzung weiter gestärkt werden, ebenso wie entsprechende Weiterbildungen für Fachleute, die mit Jugendlichen in Kontakt stehen.